



Die Bundesrepublik Deutschland braucht sichere und bezahlbare Energie

Reitsport

NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen [2]
NAEB 2404 am 19. Februar 2024

Im Wohlstandsrausch will die BRD das Weltklima mit der Energiewende retten. Physikalische Gesetze und ökonomische Vernunft werden missbeachtet. Der wirtschaftliche Niedergang läuft.

Künstliche verteuerte Energiepreise

Die Berichte werden immer erschreckender: Die BRD-Wirtschaft ist im Sinkflug. Der abnehmende Bedarf an elektrischer Energie, der von den Grünen sogar als Erfolg ihrer Politik gefeiert wird, verdeutlicht dies drastisch. Doch die Bruchlandung kommt näher. Geringerer Stromverbrauch ist die Folge des Industrieabbaus. Hauptgrund ist der hohe Strompreis durch die Energiewende für die "Weltklimarettung". Energieintensive Betriebe der Chemie-, Stahl-, Aluminium-, Zement-, Glas- und Papierindustrie müssen schließen, weil sie durch die hohen Strompreise unwirtschaftlich werden. Bundeswirtschaftsminister Habeck will nun die Industrie mit Krediten stützen und so ein weiteres Abwandern verhindern. An der Energiewende soll aber ohne Abstriche festgehalten werden.

Das Ziel ist, die Kohlenwasserstoffbrennstoffe Kohle, Erdöl und Erdgas durch unberechenbaren Wind- und Solarstrom (Fakepower) zu ersetzen. Nach Angaben von Bundeskanzler Scholz in einer Rede sollen dafür jährlich mehr als 100 Milliarden Euro aufgewendet werden. Ein wesentlicher Teil kommt aus dem Klima- und Transformationsfonds, der maßgeblich von den CO₂-Steuern auf Heiz- und Treibstoffe gespeist wird.

Verzicht auf heimische Energieträger

Mit dem Fortschreiten der Energiewende sollen alle Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Dann verliert die BRD die letzte heimische Energieversorgung, die Braunkohlekraftwerke, und wird leicht erpressbar mit dem Hinweis, die Importe von Kohlenwasserstoffbrennstoffe könnten gedrosselt oder gar gestoppt werden. Noch viele Jahrzehnte sind Kohle, Erdöl und Erdgas zur Deckung des Energiebedarfs unverzichtbar. Die Realität ist stärker als die beschlossenen Ausstiegsgesetze.

Besonders in Krisenzeiten ist eine sichere Energieversorgung wichtig. In erster Linie müssen die verfügbaren heimischen Energieträger genutzt werden. Die Braunkohleversorgung muss ausgebaut statt eingestellt werden. Die Gewinnung von Gas und Öl durch Fracking muss in der BRD in Angriff genommen werden. Es gibt Lagerstätten für Jahrzehnte. Die Herkunftsländer für Kohle, Gas- und Ölimporte sollten breit gestreut sein, um Lieferengpässe zu vermeiden. Erdgaslieferungen aus Russland sollten über die noch nutzbare Ostsee-Pipeline wieder aufgenommen werden. Das derzeitige Embargo schwächt Europa mehr als Russland.

Energievorräte

Für den Ernstfall müssen Energievorräte vorhanden sein. Für Erdöl ist dies weiterhin der Fall. 1973 haben die Araber, die damals den Weltmarkt beherrschten, die Exporte eingestellt. Es gab autofreie Sonntage. Damals hat die Bundesregierung beschlossen, Vorräte für 90 Tage anzulegen. Diese Vorräte gibt es heute noch. Es lagern 10 Millionen Tonnen Erdöl in Salzkavernen in Norddeutschland. Die Kosten bezahlen die Autofahrer mit 0,5 Cent pro Liter. Auch für Erdgas gibt es Vorräte in Kavernen. Dies sind keine strategischen Vorräte, sondern Einlagerungen im Sommer für die hohe Nachfrage im Winter.

Kohle ist aus vielen Teilen der Welt zu günstigen Preisen verfügbar. Sie kann beliebig lange Zeit ohne Behälter, Pumpen und Rohrleitungen auf Halden gelagert werden. Das Lagern von Kohle ist die preisgünstigste Bevorratung von Energie. Eine Bewertung zeigt, dass die Stromerzeugung mit Importkohle circa 5 Cent pro Kilowattstunde (ct/kWh) kostet und nur noch vom heimischen Braunkohlestrom mit 3 ct/kWh unterboten wird. Verteuert wird der Kohlestrom zurzeit um 6 ct/kWh durch die politisch motivierten Abgaben auf CO₂-Emissionen zur Weltklimarettung.

Geld sparen durch Beenden der Energiewende

Würde mit der Energiewende Schluss gemacht, ließen sich jährlich mehr als 100 Milliarden Euro an öffentlichen Ausgaben einsparen. Als Folge würde der Strompreis halbiert und die Stromversorgung wesentlich sicherer werden. Die Bundesregierung hat die Chance, mit Hinweis auf die geänderten politischen Bedingungen ohne Gesichtverlust die Energiewende aufzugeben. Wird sie diese Chance nutzen oder mit "weiter so" ihre Abwahl verschulden? Die Wahlen der nächsten Monate werden die Frage beantworten.

Die Forderungen des Stromverbraucherschutzes NAEB

1. Solarstrom, Windstrom und Biogasstrom stoppen
2. Nord-Stream reparieren, weiterhin Erdgas statt Wasserstoff (H₂) verwenden
3. Kohlekraftwerke reaktivieren, keine CO₂-Langzeitspeicherung
4. CO₂-Abgabe und CO₂-Zertifikate beenden, Klimaschutzgesetz aussetzen, Klimafonds auflösen
5. Kein Heizungsverbot, kein Wärmepumpenzwang, Wärmeschutzverordnung von 1995 statt Dämmwahn
6. Kein Verbrennerverbot, keine Bio-Fuels, keine Subvention für Elektro-Mobilität

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.de und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: StockKosh-horse-7

[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

Wumms, Doppelwumms, K.O.-Schlag?

30. Oktober 2022 | Marc Bernhard

Gebot der Stunde: Unser Land zuerst! Die Regierung hat die Dramatik nicht verstanden: In meiner Bundestagsrede habe ich die Regierung nochmals erinnert, dass man die welthöchsten #Energiepreise und die rasende #Inflation nicht mit #Schuldenorgien und kurzfristigem Herumpfuschen an Symptomen bekämpft. Unsere Unternehmen und unsere Bürger brauchen jetzt konkrete und wirksame Entlastungen. Das Gebot der Stunde sind daher

Steuersenkungen auf Einkommen, Lebensmittel und Energie, die Streichung der CO2-Abgabe und der Mehrwertsteuer auf Energie und im Gegenzug die Kürzung ideologisch und klientelpolitisch motivierter Staatsausgaben. Aber nur mit der AfD gibt es einen Ausstieg aus der gescheiterten "Energiewende", nur mit der AfD gibt es steuerliche Entlastungen und eine sichere und bezahlbare Energie. Unser Land zuerst!
<https://www.youtube.com/watch?v=VXoGTrAMU-o>

Stromversorgung als Milliardengrab

14. November 2023 | Breaking Lab

Das Stromnetz in Deutschland hat ein riesiges Problem: 2022 haben wir schätzungsweise 2,7 Milliarden Euro verloren, um Überlastungen im Stromnetz auszugleichen. Diese teuren Ausgleichsverfahren heißen "Re-dispatch" und alleine diesen Oktober mussten sie über 1800-mal eingesetzt werden! Was bei einem Re-Dispatch genau passiert, was daran problematisch ist und wie wir solche Maßnahmen in Zukunft vermeiden können, das klären wir jetzt.
<https://www.youtube.com/watch?v=5PQecejnfmM>

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Mühlenstr. 8a
14167 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Mühlenstr. 8a
14167 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

